

Redebeitrag der Antifa Saar / Projekt AK zur Demo am 30.04.2022 in Saarbrücken

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Schon wieder sind wir mit Euch auf der Straße, damit es keinen Schlusstrich im Fall Samuel Yeboah gibt.

Schon wieder MÜSSEN wir mit Euch deshalb auf die Straße.

Es ist ein bisschen mehr als 7 Monate her, dass wir in Saarlouis am 30. Jahrestag, des Mordes an Samuel Yeboah eine Gedenkdemonstration durchgeführt haben. Kurz zuvor ließ die Stadt noch schnell eine Gedenktafel am Ort der Tat anbringen.

Über Gestaltung und Inhalt lässt sich streiten. Zwar wird auch dort immer noch nicht von einer rassistischen Tat gesprochen – aber immerhin wird der Brandanschlag durchaus in Verbindung mit weiteren Brandanschlägen in der ganzen zum damaligen Zeitpunkt sich im Wiedervereinigungstaumel befindenden BRD gebracht. - IMMERHIN !

Immerhin wird auch darauf verwiesen, dass sich zahlreiche „zivilgesellschaftliche Akteure“ seit Jahrzehnten um die Erinnerung bemühen.

Aber das eigene Versagen findet darauf keinen Platz. Gehört aber vielleicht auch gar nicht dorthin. Aber an anderer Stelle wäre dies mit Sicherheit angebracht.

Die Stadt Saarlouis mit ihren die Tat verharmlosenden Oberbürgermeistern der letzten Jahre, ihrem akzeptierenden Sozialarbeiterprojekt für Neonazis in den 90ern oder ihrer langjährigen Prozessführung GEGEN das Anbringen einer Gedenktafel am Rathaus ist heute aber auch nicht unser Hauptthema.

Wir wollen reden. Reden über die saarländische Polizei und den saarländischen Inlandsgeheimdienst vor dessen offizieller Adresse wir hier gerade im Neugrabenweg 2 stehen.

Beginnen wir doch mit der Polizei.

WOW! dachten viele von uns als im Sommer 2020 die Nachricht durch die Presse tickerte, dass der Mordfall Samuel Yeboah neu aufgerollt wird.

Dass die Generalbundesanwaltschaft sogar die Ermittlungen an sich zog, ließ viele – offenbar ausgestattet mit einem Restvertrauen in deutsche Behörden – glauben, dass damit der Klüngel und der Korpsgeist bei der saarländischen Polizei umgangen werden könnte.

Aber darin lag schon der erste Trugschluß. Denn die ermittelnde Soko Welle mit ihren 18 Ermittlerinnen und Ermittlern ist weiterhin eine Einheit aus Beamten des saarländischen Landeskriminalamts.

Anfang des Monats April 2022 – vor vier Wochen - dann die Festnahme des in den 90ern zur Führungsclique der saarländischen Neonazis gehörenden Peter Werner Schlappal, der seinen Nachnamen mittlerweile geändert hat.

Er steht nun unter Mordverdacht.

Warum dies 30 Jahre brauchte steht weiterhin unbeantwortet im Raum und ob die Ergebnisse der Soko Welle auch zu einer Verurteilung führen werden bleibt ungewiss.

Auch die Arbeitsgruppe Causa, die sich um zu vermutende Defizite in der Polizeiarbeit vor 30 Jahren kümmern soll, wurde dem saarländischen Polizeipräsidenten Rupp unterstellt. Übrigens wohl ein strammer CDU-Mann aus dem Umfeld der ehemaligen Ministerin Kramp-Karrenbauer.

Und auch da scheint es dann aber ein paar Ergebnisse zu geben. So hieß es auch Anfang April in der Saarbrücker Zeitung:

„Nach den bisherigen Erkenntnissen der Arbeitsgruppe habe die saarländische Polizei in der damaligen Organisationsstruktur, zum Beispiel in der dezentralen Bearbeitung von Tötungsdelikten, in Teilen nicht richtig funktioniert. Demnach habe man „Defizite etwa bei der Erhebung, Bewertung und Weitergabe von Informationen festgestellt“. Das Landespolizeipräsidium arbeitet diese Versäumnisse nach eigenen Angaben derzeit auf.“

Und weiter wird Rupp zitiert mit:

„Ich entschuldige mich im Namen des Landespolizeipräsidiums dafür, dass offensichtlich auch Defizite in der damaligen Polizeiarbeit zur Einstellung der Ermittlungen geführt haben. So etwas darf sich nicht wiederholen, dazu haben wir, wie dargestellt, Qualitätsstandards eingeführt.“

Aber, und dass möchten wir hier klar und deutlich sagen:

„Ein besseres Qualitätsmanagement“ ist sicherlich nicht die angemessene Antwort auf strukturellen Rassismus oder gar Kumpanei von Behörden mit Nazis.

Warum kann überhaupt jetzt schon der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, woran es angeblich lag, wenn die internen Ermittlungen doch noch gar nicht abgeschlossen sind?

Und bei wem entschuldigt er sich überhaupt?

Angehörige von Samuel Yeboah oder Überlebende des Brandanschlags wurden - zumindest nach unserem Wissen - nicht kontaktiert. Und das wäre doch das Mindeste!

Vielmehr stellt sich die Frage, was da offensichtlich alles zu Tage gefördert wurde.

Wurden Aussagen die zu den Tätern hätten führen können übergangen, gar vernichtet?

Wer waren die ermittelnden Beamten von damals und standen sie in irgendeiner Verbindung mit den mutmaßlichen Tätern?

Nachbarschaft? Verwandtschaft? Fußballverein?

Gab es in den 90ern vielleicht sogar Absprachen oder gar eine offizielle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Neonaziszene in Saarlouis?

Für letzteres gibt es sogar starke Anhaltspunkte.

So gab es 1997 in Saarlouis den antifaschistischen Infoladen Bambule. Untergebracht in einer leerstehenden Garage des Prestigeobjekts der Saarlouiser Grünen, dem Kulturzentrum KOMM. Etwa ein Jahr lang hatte der Infoladen leider nur Bestand. Denn die meist jugendlichen Antifaschistinnen und Antifaschisten, die dort verkehrten setzten sich gegen die aktive Naziszene militant - und nicht zuletzt deshalb - auch erfolgreich zur Wehr.

Saarlouiser Stadt und insbesondere auch Grüne fanden das aber gar nicht gut. Und so liegen uns von den grünen Statthaltern im Komm mehrere Briefe vor in denen versucht wird „Dampf aus der Sache“ zu nehmen.

In dem Abschnitt, in dem es darum geht, dass man doch dringend mit der Polizei zusammenarbeiten sollte (worauf in vollem politischen Bewusstsein immer verzichtet wurde) heisst es:

„Die Polizei hat mich wissen lassen, dass sie daran außerordentlich interessiert seien, zumal die Situation derzeit so sei, daß die Fascho-Szene sich solchen Kontakten nicht sperrt und sich (angeblich) auch an getroffene Abmachungen hält.“

Aha – Welche Kontakte und Abmachungen gab es denn da? Und mit wem genau?

Dass Rupps Entschuldigung von hier regierenden Politikerinnen und Politikern sowie einigen Kommentatoren teilweise „überschwänglich“ gelobt und gefeiert wurde halten wir für vollkommen unangemessen und übereilt, so lange nicht damit rausgerückt wird was jetzt eigentlich wirklich Sache ist.

Ein kleines Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit:

Auch auf der Demo im letzten September in Saarlouis zu Samuel Yeboah hatten wir natürlich Begleitung von der Polizei und diese hielt sich auch weitgehend daran ihren Job zu machen und den Verkehr zu regeln.

Ein Beamter fiel allerdings immer wieder auf, wie er wild gestikulierend versuchte seine Kolleginnen und Kollegen aufzuwiegeln um jetzt doch endlich mal gegen uns vorzugehen.

Auf der Abschlußkundgebung kam es dann zu Provokationen durch den Saarlouiser Reischsbürger Thomas Gräber, der aber durch unsere eigenen Ordnerinnen und Ordner schnell zur Ruhe gebracht werden konnte.

Ein paar Tage später tauchte ein Video vom Rande einer Pandemieleugner-Demo in Saarlouis auf, auf der besagter Reischsbürger und besagter Polizist sich gegenseitig loben und vorgeben sich zu kennen.

„Das ist ein guter Polizist“ sagt der eine,

„Mit dem da kann man gut reden“ sagt der andere im kumpelhaften Ton.

Saarlouiser Verhältnisse eben – damals wie heute.

Aber kommen wir doch auch noch zu der anderen Behörde. Dem saarländischen Verfassungsschutz mit Anschrift hier im Neugrabenweg Nummer 2.

Der Verfassungsschutz hat eine antidemokratische Kontinuität.

Sympathien für die extreme Rechte, Hass gegen Linke und Missachtung des Rechtsstaats haben beim Inlandsgeheimdienst Tradition.

Unter strenger Aufsicht der Alliierten wurde das Bundesamt 1950 gegründet. Es sollte verhindert werden, dass ehemalige Angehörige von Gestapo, SS oder dem Sicherheitsdienst des Reichssicherheitshauptamtes ins Amt gelangten.

Als sogenannte „Freie Mitarbeiter“ konnten aber allerdings auch hochrangige Nazis im neu gegründeten Amt Karriere machen. Zentrale Figur für die Einstellung der Nazis war Richard Gerken.

In seiner Abteilung „Beschaffung“ stellte der ehemalige Offizier der nationalsozialistischen Abwehr viele ehemals ranghohe Nazis ein.

Diese Anstellung ehemaliger NS-Funktionäre wurde von den West-Alliierten aber auch durchaus gebilligt.

Der nationalsozialistische Antikommunismus qualifizierte sie offenbar für ihre Tätigkeit beim Inlandsgeheimdienst, der von Anbeginn an die Aufgabe hatte, Linke zu beobachten und zu verfolgen.

Zu den systematischen Aspekten, die den Verfassungsschutz zu einem Problem für die Demokratie machen, gehört der Einsatz von sogenannten V(ertrauens)-Leuten, also aktiven Mitgliedern der zu beobachtenden Szene.

Sie liefern gegen Bezahlung und/oder Gewährung anderer Vorteile Informationen fragwürdiger Güte. Nicht selten geschieht das durchaus im Einverständnis mit der beobachteten Organisation. Nicht selten werden diese Gelder sogar zum Aufbau von neonazistischen Strukturen benutzt wie beispielsweise dem Thüringer Heimatschutz aus dem heraus sich bekanntermaßen der NSU entwickelt hat. Es gibt noch Dutzende weitere Beispiele.

Der Verfassungsschutz brüstet sich damit, so gut „kontrolliert wie kaum eine andere Behörde“ zu sein. Die Wahrheit ist jedoch, dass eine demokratische Kontrolle eines geheim operierenden Nachrichtendienstes schlichtweg unmöglich ist.

Der saarländische Verfassungsschutz gilt sogar als einer der am wenigsten kontrollierbaren Landesabteilungen der Behörde und macht seit Jahrzehnten auch immer wieder mit kleinen und größeren Skandalen auf sich aufmerksam.

1993 flog auf, dass mehrere der der 50 bis 70 hauptberuflichen Schnüffler eine 5 bis 6stellige Summe unterschlagen haben. Kurzerhand wurden Gelder, die als Bezahlung für V-Leute abgerechnet wurden in die eigenen Taschen gesteckt.

Anschaffungen für die Dienstfahrzeuge wurden entweder gleich in die eigenen PKW verbaut oder gewinnbringend weiterverkauft. „Selbstbedienung bei den Schlapphüten“ titelte die TAZ.

Selbst bespitzelt zu werden mögen die „Super-Agenten“ hingegen gar nicht.

So titelte die Bild – und das ist schon fast wieder witzig – 2017: “Schnüffel-Vorwürfe beim Saar-Verfassungsschutz“.

Einer von ihnen – Adriano Z. - fertigte nämlich Notizen über seine Kolleginnen und Kollegen für die jährliche Personalbeurteilung an. Diese wurden dann aus seiner Schreibtischschublade geklaut, kopiert und in den Büros verteilt – offenbar war man not amused über das was es da so zu lesen gab.

Adriano Z. gab an daraufhin angeblich so geschockt davon zu sein, dass sein Vertrauen in die Mitarbeitenden von diesen derart verletzt wurde, dass er traumatisiert worden sei.

Seine Klage vor dem Verwaltungsgericht auf Anerkennung eines Betriebsunfalls wurde allerdings abgelehnt.

Die eigene Medizin scheint ganz und gar nicht zu schmecken !

Auf einer Infoveranstaltung im JUZ St. Ingbert referierte vor ein paar Jahren der damalige saarländische Verfassungsschutzchef Albert und behauptete man wisse alles über die rechte Szene

im Saarland, außer wer den Anschlag auf die Wehrmachtsausstellung verübt habe. Auf die Nachfrage aus dem Publikum „Wer ermordete Samuel Yeboah?“ gab es keine Antwort.

Abgesehen davon warum man ihn überhaupt eingeladen hat und was der Geheimdienst – der über keinerlei Bildungsauftrag verfügt - in saarländischen JUZEN und Schulen überhaupt verloren hat, hat er einen Scheiß zur Aufklärung rechter Morde und Anschlagsserien beigetragen.

Vielmehr würde es sicherlich niemanden hier wundern, wenn die Täter sogar auf seiner Gehaltsliste gestanden haben.

Diese Behörde gilt es schnellstmöglich zu zerschlagen und abzuwickeln! Die Akten müssen öffentlich gemacht werden!

Wer glaubt dass der Verfassungsschutz die Verfassung schützt, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.

Schluss mit der Finanzierung rechter Strukturen!

Schluss mit der Bepitzelung antifaschistischer Gruppen!

Antifa Saar / Projekt AK im April 2022

Teile des Abschnitts zum Verfassungsschutz stammen aus dem Artikel „Das Problem Verfassungsschutz hat eine lange Geschichte“ auf netzpolitik.org

Verwendete Quellen:

<https://netzpolitik.org/2019/das-problem-verfassungsschutz-hat-eine-lange-geschichte/>

<https://taz.de/Selbstbedienung-bei-Saar-Schlapphueten/!1609415/>

<https://www.bild.de/regional/saarland/verfassungsschutz/trauma-beim-verfassungsschutz-52395324.bild.html>